

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Pf., durch die Post bezogen 2,75 Pf., ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Schmidt, Halle, Verdensteindstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Abdruckpreis: 0 Gelpfenning 1. d. Mittelalter. Die u. Später: 25 Gelpfenning 1. Welle im Zeitlich. Anstaltspreis zu richten nach Halle, Verdensteindstraße 14. Tel. 1941, 1947, 2211. Telefon-Nr. 487. Klaffenstraße Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachkonto: Postfach 1068/89 Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 26. Januar 1925

5. Jahrgang + Nr. 7

Die Angeklagten als Ankläger

Enthüllungen der führenden Genossen im Hamburger Aufstandsprozeß

Hamburg, 25. Januar

Gestern hielt Genosse Urbahn seine gewaltige Anklage- und revolutionäre Vorkennrede. Er und nach ihm Frede entlarvten das verräterische Spiel der Hamburger SPD-Führer. Genosse Lewy prangert die ungeheuerliche Schande der 14 monatigen Untersuchungshaft an. Genosse Nihil enthielt ein beinahtisches Telefongespräch des Sozialdemokraten Hense und die Erpressung von Gefändnissen.

In mehreren Punkten ist die Anklage bereits zusammengebrochen. Unsere angeklagten Genossen stehen als Ankläger vor den Schranken des Gerichts.

(2. Verhandlungstag)

In der Vormittagssitzung spricht wieder

Genosse Urbahn:

Die Revolution stand damals mit objektiver Notwendigkeit auf der Tagesordnung, so wie sie heute noch wie vor auf der Tagesordnung steht. „So kann es nicht weitergehen!“ — das war der einstige Schrei, der durch das Proletariat ging.

Die Arbeiterschaft löste sich von der SPD.

Die SPD proklamierte die Einheitsfront und die Arbeiter- und Bauernregierung. Die Anklagegegriff zeigt keine Spur von Verstand für die kommunistische Politik 1923. Sie hielt sich auf drei Artikeln der „Internationale“ (Stämme, Maslow und Einom) auf. Aber gerade die Spitze bewies sie fehlend das Gegenteil. Während für die SPD waren damals die Beschlüsse des Leipziger Parteitag, die von der linken Richtung und auch von mir lebhaft bekämpft wurden. Gerade der Artikel von Maslow löste sich scharf mit der Politik der damals herrschenden Partei-Regierung auseinander — Genosse Urbahn trägt Sätze und Thesen von Kramel, Brandler, von den Leipziger Beschlüssen um, über jene „Politik im Rahmen des bürgerlichen Staates“, über die Sachverhältnisse, über die Auffassung der Arbeiterregierung als eine Variante der Diktatur“ vor. Er arbeitet scharf den Gegenstand der linken bolschewistischen Richtung in diesen zentralen Fragen heraus. Er charakterisiert ingrimmig die von der Staatsanwaltschaft geübte Methode des Verhörens und Untersuchens und erklärt mit scharfer Betonung wiederholt:

„Ich anerkenne diese Thesen nicht! Ich bekämpfte sie auf dem Parteitag in Moskau. Sie widersprechen der Auffassung von Marx und Lenin, obwohl diese Thesen damals die maßgebenden waren. Aber das Bewußtsein der eiserne Disziplin und gerade die Erkenntnis von der Rolle der kommunistischen Organisation hielt uns im Rahmen der Partei.“

Darauf analysiert Genosse Urbahn die Klassenorgane des Proletariats im Herbst 1923: die proletarischen Hunderttausenden, die Kontrollausschüsse, die Betriebsräte, Aktionsausschüsse usw. Bei jedem Punkt stellt er wiederum Verordnungen der Anklagegegriff fest.

Im Zusammenhang mit den Betriebsräten und ihrer Rolle spricht Genosse Urbahn von den gemaltem Wirtshausstämpfen jenes Jahres. Er erklärt:

„Solche Wirtshausstämpfe mußten damals, wie heute, immer ausgesprochen politische Charakter tragen. Meine Herren, in solcher Zeit der Zuspitzung der Klassengegensätze und des Heranziehens der Revolution, da sind Paragrafen nichts, die Notwendigkeit allein.“

Daß die Betriebsräte, ebenso wie die Aktionsausschüsse usw. historisch gesehen, Anlässe des proletarischen Staates darstellten, das zu leugnen, fällt uns nicht ein.

„Der mit den Waffen!“ so schrien uns damals die Massen entgegen.

Hundert von Arbeitern standen damals mit dieser Forderung vor mir. Ich habe ihnen gesagt: „Die SPD ist kein Waffenfabrikant.“ Die Bewaffnung der Massen muß mit Hilfe des politischen Willens durchgeföhrt werden.“

Die Bewaffnung der Arbeiter, das mußte selbstverständlich die kommunistische Partei sein; das mußte der Arbeiterklasse in dieser Zeit übergeben. Als Marxisten wehren wir uns allerdings ganz entschieden dagegen, daß wir militärische Parteizentrale gebildet hätten.

Die Arbeiter hatten damals schon viel klarer als die SPD. Sie erkannten, daß die Arbeiter- und Bauernregierung als parlamentarische Mittel für sie nicht in Frage kommen konnte. Sie erkannten inständig, daß etwas anderes notwendig war, und in diesem Willen und der Erkenntnis des Proletariats selbst auf den richtigen Weg kommen würde. Als Verrat die Gewalt zunächst an den Wirtshausstämpfen und dann an Seckel übertrug, als Verrat den Seckel gegen sich zu wenden übertrug, als die Revolution der Weichen Generale kam, da haben wir uns gelugt:

Die Zeiten sind da, der Rebellion der Weichen Generale die Revolution des Proletariats entgegenzusetzen.

(Fortsetzung Seite 2)

Bier Jahre sozialdemokratisches Schandregiment in Preußen

Warum die Arbeiter das Braun-Severing-Kabinett fürzen mußten

Der journalistische Hanswurst in der „Volksblatt“-Redaktion F. D. S. E. Schult, ist nicht aus dem Häuschen. Der Bericht der letzten Regierungsprüfung in Preußen und all der herrlichen Korruptionsgelegheiten trieb's ihm vor Erbit in die Höhe. Ein überreicher Artikel in der Sonntags-Nummer seines Kabinettens zeigt davon. Ganz im Kriegsberichtscharakter gehalten: Knute, Kugel usw.

Im übrigen haben wir an den Redaktionen F. D. S. folgenden Rat: Schreiben Sie doch nichts vom „ultra-revolutionären Imperialismus“, davon verstehen Sie doch nichts, Sie korrupter deutscher Spießbürger...

Die sozialdemokratische Presse, vom „Vorwärts“ angefangen bis zu seinen Provinzablegern für geistig Anspruchlose, dem „Volksblatt“, ist wie irrsinnig, weil die kommunistische Fraktion des preußischen Landtags das sozialdemokratische Kabinett Braun-Severing gestürzt hat. Die SPD-Zeitungen schreiben sich im Chor heiler, daß die Kommunisten, die „Anrede der finsternen Reaktion“ seien. Nur den Kommunisten sei es zu danken (!) daß nunmehr in Preußen statt einer — Arbeiter-Regierung (!) ein Junterregiment sich etablierte. Die Kommunisten hätten ihre „Klassen-genossen“ verraten. Fürchterliche Abrechnung wird den „verräterischen“ Kommunisten angebroßt.

Wieder einmal spekulieren die Sozialdemokraten auf die Vergesslichkeit und Unangewissenheit der Arbeiter. Diesen proletarischen Schichten, die dem demagogischen Geschrei der um ihre Regierungen- und Schieberprinzen geprellten Korruptionsegestalten à la Heilmann und Komforten noch zum Opfer fallen sollten, mag das Gedächtnis etwas aufgefrischt werden.

Zunächst sei allgemein festgestellt, daß ein aufgeklärter und klassenbewußter Arbeiter zwischen einem „sozialistischen“ Schlichter und einem monarchistischen Interfessionarretter des Kapitals keine Rolle Unterschied macht. Beide Kapitalhändler sind nur darauf bedacht, die Arbeiterschaft unter dem Joch des Vorkapitalismus zu belassen, wobei lediglich die Methoden der Unterdrückung und Niederhaltung der arbeitenden Schichten verschieden sind. Das mit der Sinnes-Partei vier Jahre zusammen amtierende sozialdemokratische Kabinett hat in Preußen einen derart arbeiternörderischen reaktionären Kurs eingeföhrt, daß er selbst von den Junkern nicht mehr übertroffen werden kann. Severing als preußischer Polizeiminister hat in seinem Schwanzengal auf der Landtagstribüne mit Stolz ein Zitat aus einer des Lobes vollen Rede des volksparteilichen Führers v. Campe wiedergegeben, der feststellte, daß ohne das Verhalten der Severing-Braun im Oktober 1923 die Bourgeoisie es nicht hätte wagen können, die lächerliche und thüringische Arbeiterschaft durch die Reichswehr niederzuschlagen!

Das verlas unter „Sehr-richtig-Rufen“ der korruptionsverlumpen sozialdemokratischen Landtagsfraktion der sozialdemokratische Innenminister Severing:

Derselbe Severing, der seine Polizei auf hungernde und frierende Erwerbslosse gehöhrt hat, rühte in seiner letzten Rede sogar vom schwarzrotgoldenen Reichsbanner ab. Diesmal unter dem betretenen Schweigen der Reichsbanner-Generale, die im Landtag Statistenrollen geben durften.

Das Kabinett Braun-Severing hat mit den volksparteilichen Scharmachern und Arbeiterschindern zusammen vier Jahre regiert, indem auf dem Proletariat herumgetrampelt, hingegen die Klassenfränke der Bourgeoisie vor „Erschütterungen“ bewahrt wurden.

Die kommunistische Landtagsfraktion hätte sich eines Berechnens an der Arbeiterschaft schuldig gemacht, wenn die Barzart-Strolche auch nur noch einen Tag länger am Regierungsruder belassen worden wären. Dem im Schachern und Schieben erprobten parlamentarischen Rotfuß, dem zweiten Fraktionsvorsitzenden der SPD, Heilmann, entfuhr das gnäselige Gefändnis,

daß die politischen Selangenen darunter lähen sollten, weil den Sozialdemokraten nicht wieder in die Regierungselle verhoffen worden wäre.

Wohlweislich ließ sich der Barzart-Korruptionsheld Heilmann durch seine schwarzrotgoldene Prätorianergarde umgeben, sonst

Machtvolle Demonstration der Roten Frontkämpfer in Merseburg

Merseburg, 26. Januar.

Der gestrige Arbeitstag für den Roten Frontkämpfer und wurde zu einer Massendemonstration. Die Rote Frontkämpfer-Demonstration beherrschte das Straßenbild. Die Rote „Rot Front“ liehen die Spieher erzittern.

Aus Halle und der Umgebung Merseburgs waren die Roten Frontkämpfer zu vielen Hunderten erschienen. Allein aus Halle verkehrten drei Balaustos mit Anhängern mit einer Befähigung von 350 bis 400 Roten Frontkämpfern die Demonstration. Auch Ammendorf und die übrigen umliegenden Orte waren durch zahlreiche Rote Frontkämpfer vertreten.

Die rote Fahne rief die Merseburger Arbeiterschaft zum Kampf. Schall leuchteten die Augen der Roten Frontkämpfer. In kräftiger militärischer Disziplin marschierte der ansehnliche Zug durch die Straßen Merseburgs und bot so ein Bild, das noch lange jedem Teilnehmer vor Augen stehen wird.

Auf dem Marktplatz nahmen die Frontkämpfer Aufstellung. Es sprach dort der Kamerad Weckermann-Halle begeisterte Worte.

Zu Zwischenfällen kam es nicht. Der Zug konnte sich in Ruhe auflösen. Die links so großmächtige schwarzrotgoldene und schwarzrotgoldene Parteien hatten sich feige in irgend einen stillen Winkel verziehen. Auch die Schupo bekam keine Arbeit.

Der Merseburger Arbeiterschaft hat die gestrige Demonstration dem Kampfrat der Proletariats gezeigt. Sie wird in dem Geste arbeiten, die die machtvolle Demonstration der Roten Frontkämpfer tug.

Nach der Rückkehr der heillosen Roten Frontkämpfer veranstalteten diese eine Propagandafahrt durch die Straßen Halle's. Auch hier fand die Ringe-Schupo keinen Anlaß zu ihrem berüchtigten „Eingreifen“.

Für die Amnettie!

Ein Telegramm

An die Präsidenten des deutschen Reichstags und des preußischen Landtags.

Die heute in der Generalversammlung anwesenden hallischen Bauarbeiter fordern die sofortige Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen. Sie werden für die Freilassung den Kampf bis zur Erfüllung dieser Forderung führen.

Halle, den 25. Januar 1925.
Verband der ausgeh. Bauarbeiter, Bezirksverein Halle.

Das Volksblättchen auf dem Lügenpfad

In der Sonntags-Nummer des „Volksblättchens“ wird in einem Artikel unter der Überschrift „Kommunisten“ eine Verleumdungskampagne gegen unsere Genossen in Vordum geführt. Das Ganze ist erdunten und erlogen und lediglich aus den Fingern gezogen. Wir erhalten dazu die nachstehende Meinung des Genossen Graub, der in jenem Schmutzbericht als Kronzeuge verwendet wurde.

„Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse bringt einen angelegten Brief des früheren Bezirksleiters für das Angebiet, des Genossen E. Braun, in dem Korruptionsfälle eines seiner Parteiführer bezeugt werden. Ein solcher Brief ist niemals vom Genossen Graub geschrieben worden. Er wird morgen in einer persönlichen Erklärung diese schändlichen Verleumdungen angegriffen.“

Hätte er Schwierige Profetenkäufe in seinem niederträchtigen Galgenengelgeß gepüßt. Die schmutzige Erpresserfäule der preußischen Sozialdemokratie, deren

Führer an die Kommunisten das Anführen stellte, durch „Abkommendarierungen“ das Braun-Kabinett zu retten (!)

löste in den Reihen der proletarischen Tribünenbefehrer helle Empörung aus. Diese Augen- und Ohrenzeugen verstanden die Taktik der Kommunisten, wie die Nieder-Rufe auf die Sozialdemokratie und die Zurück an unsere Genossen bemerken.

Das Kabinett Braun-Evering, unter dessen Regierungsbauer ein Polizeijahr besser leben konnte als ein Arbeitsinvalide (eine ewige Schmach für die Regierungsozialisten), ein Kabinett, das mißfällig ist, daß die Steuer-Erhöhung einigigen Großbürgern in den Rücken geworfen wurden, das die Polizei und Kuffen den müßigen Kurs gegen die notleidenden Massen befolgen ließ, ein derartiges Schamröcher-Kabinett war der allerletzte Wegbereiter der monarchistischen Reaktion.

Die Arbeiter über die Verbrechen der Barmat-Clique und ihrer Regierungsbauauftraggeber aufzuklären, ist das Gebot der Stunde.

Mit ihrer Kommunistenverma die Sozialdemokratie nicht, von ihren Schandtatzen in Preußen abzulenkten!

Die Amnestiekomödie der SPD.

Die SPD hat im Reichstag einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der praktisch bedeutet, daß an den ungewöhnlichen Justizhausurteilen gegen die Kommunisten nichts geändert wird und die Gesetze weiter im Kecker Schmutz liegen. Mit welcher Verlogenheit die SPD arbeitet, dafür ist die Rede des sozialdemokratischen Redners Dr. Kolenfeld, der den Amnestiegesetzentwurf der SPD im Reichstage begründete, bezeichnend. Kolenfeld führte u. a. aus: „Aber noch immer haben jene Gefangenen aus dem Jahre 1918, die zu den härtesten Justizhausurteilen verurteilt worden sind, nicht mehr die Freiheit erlangt.“ Kolenfeld meinte damit die Gefangenen im Justizhaus Straußing, die Reichspublizisten und die sogenannten „Geleisermörder“.

Nach dem Amnestiegesetzentwurf der SPD, aber werden aus diesen viele Opfer der bayerischen Justiz aus der Amnestierung ausgenommen. Die SPD muß mit diesen Justizhausurteilen Propaganda, aber verlangt, daß diese weiter im Justizhaus bis zur völligen Verbüßung der Strafen gesundheitlich ruinert werden sollen. Die 20 Räterepublikaner haben Justizhausurteile in der Höhe von 6 bis 15 Jahren erhalten.

Was geht in Bayern vor?

(Von unserem bayerischen Berichterstatter.) München, 25. Januar.

Die so unendlich einleuchtende Verhaftungsaktion hat bis heute noch kein Ende gefunden. Täglich, ja fast stündlich werden aus dem bayerischen Lande neue Verhaftungen gemeldet. Weit über hundert Ausfahrungen sind bis jetzt bekannt geworden, und eine große Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen sind ins Gefängnis gekommen.

Diese völlig unmotivierten Aktionen der bayerischen Polizeibehörden sind unendlich befeuchtet durch die Meldung bürgerlicher Blätter, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern bevorstehe und die bayerischen Arbeiterorganisationen wieder legal ihre Tätigkeit aufnehmen würden.

Man will Material schaffen. Material, ganz gleichgültig, woher und welchen Inhalts, wenn man es nur gegen Kommunisten verwenden kann.

Weitere Verhaftungen bayerischer Kommunisten (Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

In Bayern sind abermals hundert Genossen wegen „Fortführung der verbotenen KPD“ verhaftet worden.

Das bayerische Konkordat in Kraft

München, 26. Januar.

Der Vertrag, den die bayerische Regierung mit der protestantischen und vor allem der katholischen Kirche geschlossen hat, sind nunmehr in Kraft getreten. Das bedeutet, daß die beiden Kirchen den uneingeschränkten Einfluß auf die bayerischen Schulen ausüben dürfen, daß die bayerische Schule dadurch gänzlich der Herrschaft der katholischen und protestantischen Kirche ausgeliefert sind. Am Sonnabendmittag fand der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Konkordat ausgetauscht hat. Es heißt, daß hierin, in diesem hierüber bedeutungsvollen Augenblick des Inkrafttretens des neuen Konkordats, das mit Gottes Hilfe der Kirche wie dem Staat zu dauerndem Segen gereichen wird, erneut das Gebotnis unumwandelbarer Treue und inniger freundschaftlicher Liebe entgegennehmen zu wollen.“

Diese Auslieferung der Schulen an die Geistlichkeit bedeutet einen klaren Bruch mit dem Reich. Die bayerischen Arbeiterorganisationen zur Regierungstrife in Preußen belegen, daß die Sozialdemokraten die bayerische Konkordatsangelegenheit kritisch hinnehmen werden, wenn das preussische Zentrum bei der Stange bleibt und nicht, was das Zentrum im Reich zur Rechtsregierung überlassen. Was kümmert es die Sozialdemokraten, wenn das protestantische und katholische Zentrum in Bayern vollkommene Herrschaft über die bayerische Arbeiterwelt einstellt und die Verlobte werden! Wenn nur die Sozialdemokraten dafür in Preußen ihre Regierungstrife und sprüden wieder erheben!

Der Auer-Standal

(Von unserem bayerischen Berichterstatter.) München, 26. Januar.

Seute beginnt hier ein politischer Selektionsprozeß, zu dem die Truppe Garzmann, Ebert, Barmat, Korruptionsskandal aus der deutschen Republik des Scheiterbüttels, gepaart mit Arbeitererregung, eine wichtige Rolle spielen. Was hier in der bayerischen Arbeiterwelt geschieht, das hat die Arbeiterbewegung schon einmal erlebt, nämlich am eigenen Körper, besetzt mit einstufigen Toten, mit Arbeiterblut, das auf den Straßen Münchens lag.

Die Angeklagten sind: zwei Sozialdemokraten, ein Kommunist, (der veramtlichste Herausgeber der „Neuen Zeitung“) weil Er

Selektierungen und bewacht Unwesens in der Reichsweite. „Der Fall Auer“, von einem Sozialdemokraten geschrieben, veröffentlicht und nachdruck haben aber vielfach die Angeklagten aber Erhard Auer und mit ihm fünf auf der Verhaftungsliste die gesamte bayerische Sozialdemokratie, die von jeder schon bürgerlich eingeleitet, ganz bewusst im Januar 1918 in München die Jahre des Bürgerkriegs ergriffen hat. Die bayerische Sozialdemokratie ist angeklagt, im Januar 1918 bewußt den Unionsarbeitereinstreit in München isoliert und abwaschen zu lassen (offiziell wurde ihr damals der Dank der Regierung ausgesprochen), sie ist angeklagt, am 7. November 1918 noch verhaftet zu haben, mit den alten, schon gefüllten Wädhern zu konspirieren. Erhard Auer im belandenen ist angeklagt, zur gleichen Zeit, als er von der alten Regierung 500 Mann zur Niederschlagung der Revolution anforderte, sich in München isoliert und abwaschen zu lassen (offiziell wurde ihm damals der Dank der Regierung ausgesprochen), sie ist angeklagt, am 7. November 1918 noch verhaftet zu haben, mit den alten, schon gefüllten Wädhern zu konspirieren. Erhard Auer im belandenen ist angeklagt, zur gleichen Zeit, als er von der alten Regierung 500 Mann zur Niederschlagung der Revolution anforderte, sich in München isoliert und abwaschen zu lassen (offiziell wurde ihm damals der Dank der Regierung ausgesprochen), sie ist angeklagt, am 7. November 1918 noch verhaftet zu haben, mit den alten, schon gefüllten Wädhern zu konspirieren.

Die zweite Entschließung spricht sich für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für den Aufhebung der Erhebung der Erhebungskräfte, besonders protestieren die Zimmerer Münchens gegen das ihm die bayerische Polizei in der letzten Zeit in München sowie in der Provinz durchgeführten Ausschreitungen und Verhaftungen von Kommunisten.

Die dritte Entschließung endlich fordert eine Generalamnestie der politischen Gefangenen, die keinerlei Einschränkungen hat. Diese Entschließung ist sowohl der kommunistischen Fraktion wie der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages zugegangen.

Der abgegebte La-Mann Weiß zum Leiter der Berliner Kriminalpolizei ernannt

Berlin, 26. Januar.

Der bekannte Kommunistenführer der Berliner Abteilung La, Weiß, der durch den für die deutsche Regierung (staatslose) Justizrat mit der russischen Botschaft (Ueberfall) auf die russische Handelsvertretung von seinem Posten entfernt werden mußte, auf Veranlassung der russischen Regierung, ist nunmehr wieder in Amt und Würden eingesetzt worden. Da er sich als Kommunistenführer bei den Herzogen hat, übertrug man ihm die Leitung der Berliner Kriminalpolizei. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Regierung erneut einen schweren Vorstoß gegen die Kommunisten zu unternehmen gedenkt.

Der Giroverband hessischer Gemeinden zu Barmat Krediten von Heßle gezwungen

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Der Giroverband hessischer Gemeinden teilt in einer vertraulichen Rundschreiben mit, daß der Reichspostminister Heßle die Giroverbände hessischer Gemeinden, an Barmat Kredite zu geben, da sonst die Post kein Geld an die notleidenden Gemeinden, die nicht mehr über Arbeiter und Angestellten bezahlen konnten, gegeben hätte. Heßle hat fernerzeit den Giroverbänden die Erlaubnis gegeben, daß die Finanzierung des Barmat-Kongresses vom Reichsamt abhänge.

Noter Frontkämpfertag in Hohenstein-Ernstthal

(Eig. Draht.) Chemnitz, 26. Januar.

Nach einer glänzenden Feier mit Fahnenübergabe am Sonnabend fand am Sonntag eine Demonstration statt. Es demonstrierten über 3000 rote Frontkämpfer, zum Teil neu uniformiert, durch die Straßen, freudig begrüßt von der Arbeiterklasse.

Der 2. Verhandlungstag im Hamburger Prozeß

Genosse Urbahns spricht über den Hamburger Aufruf

(Fortsetzung von Seite 1)

Und demgemäß hat der Bezirk Wassertrasse gehandelt. „Für den Zeitpunkt des Kampfes um die Macht trifft alle politischen und organisatorischen Vorbereitungen! Stellt Euch ein auf den Machtkampf!“ das war die Parole. „Aut ist es nicht, so wird es Euch wieder wie 1918 ergehen.“ Wir hätten nicht allein die objektive Hilfe der Revolution für uns, sondern auch die subjektive Hilfe der proletarischen Klasse und damit den Moment für den Beginn des Machtkampfes. Von diesem Augenblick an haben wir nicht gezögert, habe ich, der ich die Verantwortung für den Bezirk Wassertrasse hatte, nicht gezögert, uns auf das Kommando vorzubereiten.

Zu sagen und zurückzuführen, das entspricht wieder unserem Charakter nach unserer Erkenntnis. Ich wiederhole: Die volle politische Verantwortung übernehme ich.

Vorbereitungen wurden getroffen. Die Bezirksleitung bestimmte ein Komitee aus drei Männern, ein politisches und ein organisatorisches und einen militärischen Leiter.

— das nunmehr auch militärische Aufgaben an uns übertragen, was ich natürlich ablehnen mußte. Ich habe natürlich, wie die beiden anderen waren, lange nicht. Diese drei Männer haben von da ab alle Maßnahmen getroffen, eine Schar von Leuten herangeholt, sie als Kommissare verwendet. Unter diesen drei Leuten hatten alle Refektorien zu arbeiten.

Genosse Urbahns schloß darauf die Zustimmung der Lage. „Am Zusammenkommen der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsgesellschaft in Sachsen haben Sie, Herr Staatsanwalt, ein beweisbares Beispiel für die parlamentarische Auffassung der Arbeiter-Regierung. Wir selbst hätten wenigstens die sofortige Verhaftung der schändlichen Arbeiter erwartet.“ Die Auftragschrift macht sich an diesem Punkt die Forderung eines Gegners der schändlichen Arbeiter-Regierung zu eigen, um sie als Forderung der schändlichen Arbeiter-Regierung selbst zu unterscheiden und gegen sie zu veröffentlichen. Für die Methode selbst mir allerdings der parlamentarische Ausbruch. Schönen, Herr Staatsanwalt, wo es nicht, wie Sie sagen, eine Sowjetregierung gab, hätte eine völlig parlamentarische Regierung.

Hätten sie dort bloß 60 000 Arbeiter bewaffnet, dann, meine Herren, wäre es anders gekommen. Dann wäre Hamburg nicht allein gelassen; dann hätten wir keine Nacht vor dem Gericht; dann hätten wir die Macht.“

Genosse Urbahns analysiert daraufhin die Bürgerkriegsvorbereitungen der Konterrevolution. Und er schloß die Darlegungen mit der Frage:

„Könnte man eine Verfassung kürzen, die nicht mehr Wirklichkeit war?“

Die politischen Notwendigkeiten, und nicht diese oder jene kapitalistische Gesetzgebung, ging aus über alles!“

Darauf ließ Genosse Urbahns mit großer Eindringlichkeit die folgende Begründung der Lage in Hamburg darlegen, die in den Tagen vor dem Aufruf eine ganze Reihe von Konferenzen, größtenteils Gemeindefunktionären, zumaltraten. Er schildert seine persönliche Arbeit zur Schmeißer Konferenz, zu der er aber zu spät kam, da die Nachricht ihm zu spät erreichte. Die Auftragschrift, die er in der Hand hatte, war die folgende: „Die Argumentation, die Genosse Urbahns mit dem Scheitern der Sache darstellte: „Man soll sich bei der Anlage des Sowjetperrats an das halten, was ich getan habe.“ Die Fahrt nach Chemnitz und weiter nach Dresden, einige Einbrüche und Erfolge, zeigten dem Genossen Urbahns die wirkliche Rolle der Arbeiter-Regierung und die falsche theoretische und praktische Einschätzung:

Eines wird aber der Prozeß bringen: er wird der deutschen Arbeiterklasse erneut aufzeigen, daß die Sozialdemokratische Partei außerhalb der Arbeiterklasse zu sein, daß sie die Partei der Schieber und Spitzel geworden ist, mit der die Arbeiterklasse nichts zu tun hat.

Die Zimmerer Münchens für Gemeindefunktionäre für Aufrufstundtag, für Generalamnestie!

(Von unserem bayerischen Berichterstatter.) München, 26. Januar.

Die am Donnerstag, dem 22. Januar, in München tagende Generalversammlung der Zimmerer führte ein Reihe von Entschlüssen, die bereits den einzelnen Instanzen angeleitet wurden. Die erste Entschließung spricht sich für die Gemeindefunktionäre und fordert das Verbot des „Der Zimmerer“ auf, alle Berichte der englischen Gemeindefunktionäre, sowie alle Schritte für die angeklagten Gemeindefunktionäre (vorrst zwischen England und England) zur Sprache zu bringen.

Die zweite Entschließung spricht sich für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für den Aufhebung der Erhebung der Erhebungskräfte, besonders protestieren die Zimmerer Münchens gegen das ihm die bayerische Polizei in der letzten Zeit in München sowie in der Provinz durchgeführten Ausschreitungen und Verhaftungen von Kommunisten.

Die dritte Entschließung endlich fordert eine Generalamnestie der politischen Gefangenen, die keinerlei Einschränkungen hat. Diese Entschließung ist sowohl der kommunistischen Fraktion wie der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages zugegangen.

Der bekannte Kommunistenführer der Berliner Abteilung La, Weiß, der durch den für die deutsche Regierung (staatslose) Justizrat mit der russischen Botschaft (Ueberfall) auf die russische Handelsvertretung von seinem Posten entfernt werden mußte, auf Veranlassung der russischen Regierung, ist nunmehr wieder in Amt und Würden eingesetzt worden. Da er sich als Kommunistenführer bei den Herzogen hat, übertrug man ihm die Leitung der Berliner Kriminalpolizei. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Regierung erneut einen schweren Vorstoß gegen die Kommunisten zu unternehmen gedenkt.

Der Giroverband hessischer Gemeinden zu Barmat Krediten von Heßle gezwungen

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Der Giroverband hessischer Gemeinden teilt in einer vertraulichen Rundschreiben mit, daß der Reichspostminister Heßle die Giroverbände hessischer Gemeinden, an Barmat Kredite zu geben, da sonst die Post kein Geld an die notleidenden Gemeinden, die nicht mehr über Arbeiter und Angestellten bezahlen konnten, gegeben hätte. Heßle hat fernerzeit den Giroverbänden die Erlaubnis gegeben, daß die Finanzierung des Barmat-Kongresses vom Reichsamt abhänge.

Noter Frontkämpfertag in Hohenstein-Ernstthal

(Eig. Draht.) Chemnitz, 26. Januar.

Nach einer glänzenden Feier mit Fahnenübergabe am Sonnabend fand am Sonntag eine Demonstration statt. Es demonstrierten über 3000 rote Frontkämpfer, zum Teil neu uniformiert, durch die Straßen, freudig begrüßt von der Arbeiterklasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250126-14/fragment/page=0002

Veranstaltungen der KPD.

Ortsgruppe Halle
Öffentliche Kollaboration am Mittwoch 28. Jan. abends 8 Uhr. "Kollaborat."
Kommunistische Krieger, welche im Weltkrieglichen Kriegerverband organisiert sind, treffen sich am Montag, 28. Januar, abends 8 Uhr im "Kollaborat" zu einer wichtigen Besprechung.
Kommunistische Sportlerleiter treffen sich am Montagabend 8 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im "Kollaborat".
Maschinenbau-Gesellschaft.
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Kreis Leipzig
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr. "Kollaborat".
Öffentliche Kollaboration am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Kreis Bitterfeld
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr. "Kollaborat".
Öffentliche Kollaboration am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Kreis Zeitz
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Öffentliche Kollaboration am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".
Kreis Weizsäcker
Öffentliche Kollaboration am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im "Kollaborat".

Stadt-Theater

Dienstag 7 1/2 Uhr
 Eine Abrechnung
 Der Schichtlenker
 Die Lore 6 1/2
 Mittwoch 7 1/2 Uhr
 Wer weint um
 Zuseher?
Schlafmittel-
schänke
 in allen Größen, mit
 und ohne Schloß
 einrichtung
Küchenbüfettis
 110 - 200 cm breit
kompl. Küchen
 eine Bettstellen
 alle Größen
 teils, auch gefüllten
 und gutgeputzt
 verkauft billig
Max Jungblut
 Albrechtstr. 37

Braunsdorf! Braunsdorf!
Inventur-Ausverkauf
 Senden, alle Größen
 Reformhosen, Unterhosen
 Sportjacken, Handtücher
 Scheuerlappen
 bunte Barchentstoffe
 wollene Tücher u. Schals
 kaufen Sie billig im Inventur-
 Ausverkauf bei
Karl Otto
 in Braunsdorf

Veranstaltungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Sealreis
 Samstag, Dienstag 27. Januar, abends 8 Uhr, in „Spartakushaus“, außer-
 ordentliche Generalsammlung. Eröffnen aller 11 Stützpunkte.
Konsum-Berein Gleien u. Umgegend, eGmbH.
Goldarterbestimmungs-Bilanz vom 1. Januar 1921

Vermögen	N.	S.	Verpflichtungen	N.	S.
an Warenbestand	10208 23	—	an Spartenlegen	—	404
an Kassenbestand	651 08	—	an Kassenbuchungen	—	807 51
an Giro-Konto	—	27	an Kassen-Konto	—	5181 28
an Grundschul-Konto	3000 00	—	an Grundschul-Konto	—	23 00
an Inventar-Konto	50 00	—	an Kommerz- u. Privatbank	—	849 14
	13810 31	—	an Kassenvermögen	—	3748 41
					13810 48

Ennewitz, den 16. Januar 1921
Konsum-Berein Gleien und Umgegend, eGmbH.
 O. Kline
 Vorsitzende Bilanz ist geprüft und mit den Büchern in Übereinstimmung
 befunden
 10
Für den Kassier: O. Kline
 1. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 2. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 3. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 4. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 5. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 6. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 7. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 8. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 9. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 10. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 11. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 12. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 13. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 14. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht
 15. Als Schaumweine gelten alle Weine,
 deren Kohlendioxid beim Öffnen der Um-
 schließungen unter Aufwachen entweicht

Mary Pickford
 spielt in der Hauptrolle als
Die kleine Mutter!
 Dazu eine Grotteste in zwei Akten
 Der große 12aktige
Bog-Sport-Film:
Das Paradies der Boxer!
 Die Sensation von Neuyork
Mia May
 in ihrem neuen Großfilm
Die Liebesbriefe der
Baronin von S.....

Nordsee
 Nr. 11 nicht 36 Tel. 1274, 1275, 2705
Dienstag:
Wittiger Seefischtag
 dabei hochfeine, lebendige,
 fettsaure und nicht nur billige,
 sondern ebenso nahrhafte als
 Fleisch
 Aus eigenem Kühlwagen:
Goldbarsch 22
 ohne Kopf, Mund nur 2 A
Habeljau 30
 o. s. groß, fett u.
 hart, Auschnitt
Karbonaden 60
 vollständig
 bratfertig
Germer sehr preiswert:
Echte Riefer Sprotten 65
 alle 1 1/2 Liter, ... nur

Masken-Weißentels
Beitrag zum
Am Saalestrand
Schlachtfest
Emil Jürg.
Ausführungs-Bestimmungen
 zu der von den kaiserlichen Körper-
 schäften am 18. Dezember 1924 be-
 schlossenen Getränkesteuerordnung
 1. Gegenstand der Steuer sind alle im
 § 1 bezeichneten Getränke, die im Staat-
 reich Vertrieben gegen Entgelt abgeben
 werden, von auswärts zum Gebrauche
 oder zur Abgabe an Dritte bezogen
 werden
 2. Unter Steuer sind auch durch Gü-
 tern aus dem Reiche der räumlichen Weis-
 taube hergestellte Getränke verstanden
 3. Als weinähnliche Getränke gelten
 Getränke, die nicht aus dem Saft der
 Traube, sondern aus dem Saft anderer
 Gattungsgewächse durch weinähnliche Gärung
 nach der Art der Weine hergestellt wer-
 den. Hier zu gehören insbesondere die
 so bezeichneten Getränke:
 a) aus Fruchtarten, wie die Döbe u.
 Sorbenerne (Apfelsinen, Heidelbeeren,
 Johannisbeeren, Erdbeeren usw.)
 b) aus Pflanzenarten (Kaharbesen-
 wein, Weizenweizen usw.)
 c) aus Wurzeln oder Wurzelaugen
 (Wurzelschwein usw.)
 4. Als weinähnliche Getränke sind also-
 hergestellte Getränke wie Punch, Glüh-
 wein usw. anzusehen

Unser Ziel!

Die Aufgaben des „Klassenkampf“

In dem gigantischen Ringen zwischen Bürgertum und Arbeiter-
 klasse um die Eroberung der politischen Macht und die Verwirk-
 lichung der sozialen Revolution, ist der „Klassenkampf“ geistiger
 Führer und Bannerträger im blutroten Herzen Deutschlands. Er
 wird zielklar und streng nach kommunistischen Grundfäden geleitet
 und unterrichtet schnellstens über alle das revolutionäre Proletariat
 interessierende Ereignisse in der ganzen Welt. Daher muß jeder
 Arbeiter, Angestellte und Beamte, der sich zur kommunistischen
 Internationale bekennt, **Bezieher des „Klassenkampf“ sein!**



Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlagspreis:
Einzelnnummer 10 Pfennig

Berlin, im Januar 1925

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlags-
anstalten GmbH, Berlin, Planufer 17
Red.: Willi Schoenbeck, Berlin, Rosenhofer Str. 33

Zwei große Schritte vorwärts! Das Ziel der „25000 Querulanten“.

Von F. G.

Fünf Jahre schon dauert der Rückzug der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern vor dem wieder andrängenden Ausbeutertum. Fünf Jahre Rückzug und noch kein Stillstand. Der Reformistetroß ist jedesmal zur Stelle, um dort die Front der kämpfenden Arbeiter wieder einzustoßen, wo diese den Versuch des Widerstandes machen. Langsam nur wird es den Arbeitermassen klar, daß es so nicht weitergehen kann. Der Schrei nach der Einheit der Gewerkschaftsorganisation, damit der Klassenkampf wieder aufgenommen werden kann, wird immer stärker. Aus allen Ländern tönt es: Wir wollen eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation, die uns befähigt, einen Angriff im Weltmaßstabe auf das Kapital zu führen. — Bis zum Jahre 1923 waren es fast ausnahmslos kommunistische Arbeiter, die ein solches Verlangen hegen und äußerten. 1924 sehen wir aber, daß der Ruf nach Einheit und Klassenkampf schon viele Millionen nichtkommunistischer Arbeiter erfaßt hat. Ja, der Druck dieser Millionenmassen ist so stark geworden, daß mancher verbissene Reformist schon nicht mehr wagt, diesem Massenandrang Widerstand zu leisten. Hoffnung wächst auch in den Arbeiterherzen, daß nun bald die Stunde kommt, in der der Rückzug vor dem Klassenfeind ein Ende findet und sich die Klassenfront geschlossen wieder in Vormarsch setzt.

Im Jahre 1924 haben wir zwei große Ereignisse zu verzeichnen, die weithin zeigen, daß wieder ein lebendiger Geist in der Arbeiterklasse aufkommt. Die zehn langen Jahre unterdrückte, internationale Solidarität des Proletariats bricht wieder durch. Die Arbeitermassen beginnen, sich ihrer Klassenlage wieder bewußt zu werden, sie erkennen als ihren Hauptfeind den Kapitalisten wieder, sie befreien sich wieder von den die Kraft ihrer Klasse lähmenden nationalen Phrasen. Im Krieg haben die Reformisten ihren kapitalistischen Herren mit aller Kraft geholfen, die Arbeiterschaft national zu spalten und auseinanderzubehen. Und nach dem Kriege konnte dieses schändliche Werk noch lange erfolgreich fortgesetzt werden. Das Jahr 1924 hat aber hier mit einem großen Wandel begonnen. Die Arbeiter Frankreichs, Belgiens, Englands, der Tschechoslowakei, Amerikas, Polens usw., sie schreien nicht mehr im Bunde ihrer Kapitalisten, unterjocht die Deutschen. Laßt sie zahlen (feierlich habe die Amsterdamer Internationale noch 1921 eine solche Verpflichtung für die deutschen Proletarier beschlossen). Jetzt erklären die Arbeiter dieser Länder: Wieder mit dem Dawes-Vertrag, wir wollen nicht die Befreiung der deutschen Arbeiter, weil ihre Fesseln unsere Fesseln sind. Ein gewaltiger Fortschritt!

Und ein zweiter, ebenso bedeutender Schritt ist getan. Die Arbeiter des siegreichen Englands haben ihre Delegierten nach Rußland geschickt mit dem Auftrag: nicht nur eine Verständigung zwischen den Arbeitern dieser beiden großen Reiche herbeizuführen, sondern um den Boden zu bereiten für einen großen, alle Arbeiter umfassenden internationalen Kämpferbund. „Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit“ ist kein tönendes Schlagwort mehr, keine „demagogische Agitationsphrase“; es ist das Objekt praktischer Arbeit, um deren Ver-

wirklichung die beiden bedeutendsten Gewerkschaftsbünde der Welt ringen. Wer wollte bestreiten, daß diese beiden Tatsachen: beginnender internationaler Kampf gegen den Dawes-Vertrag und des Ringens um die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit nicht weithin sichtbare Wertzeichen sind für den Umschwung in den Arbeitermassen der Welt?

Doch dieser Prozeß des Umlernens oder besser des Wiederumlernens zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf geht langsamer vor sich, als wir revolutionären Arbeiter wünschen. Das Umlernen zum Klassenverrat im August 1914 ging viel schneller, fast so schnell, wie das Umlernen der französischen Aristokratie in jener denkwürdigen Augustnacht 1791, als sie unter dem Druck der Bajonette des aufständischen Volkes und beim Flammenschein ihrer brennenden Höfe auf ihr Klassenprivileg verzichtete. Besonders leicht wurde 1914 das Umlernen der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie. So leicht wie es ihnen damals wurde, sich mit dem „Todfeind unserer Klasse“ zu verbünden, so unmöglich wird es ihnen jetzt, sich von diesen Burgfriedensgenossen zu trennen. Täglich speit der „Vorwärts“ Gift und Galle, die den Klassenkampf und die Einheit der Gewerkschaften wollen und ununterbrochen drehen die Scharfmacher gegen die Gewerkschaftseinheit, die Grafmann, Leipart, Farnow, Pacpłow, Bren, Jäckel usw. usw. den Scheißstein. Es soll ihnen alles nicht helfen. Weit ihrer List und Tücke sollen sie nicht verhindern, was einmal der Wille der Massen geworden ist.

Die Parole: „Hinein in die freien Gewerkschaften“ bleibt bestehen, solange es noch unorganisierte Arbeiter gibt. Die deutschen Reformisten, die die verbissenen Feinde der Einheit der Gewerkschaften sind, sollen bald lernen, daß ihr Wüten gegen dieselbe ihnen keine andere Frucht trägt, als die Verachtung der Klassenkämpfer der ganzen Welt. Nur nicht loder lassen, nur Ausdauer auf unserer Seite.

Wenn die Reformisten einen Streit brechen, antworten wir mit dem Ruf: „Hinein in die Gewerkschaften!“

Wenn sie unsere Genossen dem Untersuchor oder der Polizei denunzieren, erwidern wir: „Hinein in die Gewerkschaften!“

Schließen sie die Besten von uns aus den Verbänden aus, so gilt verhärtet die Losung: „Hinein in die Gewerkschaften!“

Lösen sie ganze Zehntausende auf, zertrümmern sie revolutionäre Ortsausschüsse, immer bleibt unser Feldgeschrei: „Hinein in die Gewerkschaften!“

Das ist der beste Weg, unsere Feinde zu schlagen!

Es gibt in Deutschland viele Millionen von Arbeitern, die wir für die Gewerkschaften gewinnen können. Die Reformisten haben nur die Macht in den Gewerkschaften, weil sie sie durch ihre Politik ganz auf den Hund gebracht haben. Werden die Gewerkschaften wieder die Massenorganisationen des Proletariats, dann kann keine List und Tücke der Leipart, Grafmann, Farnow, Pacpłow, sie mehr abhalten vom Klassenkampf und sie binden an die Arbeitsgemeinschaft mit den Todfeinden. Darum alle Proletarier: „Hinein in die freien Gewerkschaften!“

Um das Werden der Einheit der Gewerkschaften zu verhindern, haben sich alle hurra-sozialistischen Führer und alle Borradikalen, wie Dismann, Aufhäuser und Simon, verbündet. Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan aller Feinde der gewerkschaftlichen Einheit geworden. Um möglichst erfolgreich zu sein, hat er sich Bundesgenossen geholt in den bankrotten Führern der bankereiten menschenwürdigen und sozialrevolutionären Parteien Rußlands. Diese Zwiebzacken der Kollatsch, Denikin, Judenitsch Wrangel, diese Soldempfinger der Poincaré und Bensch sollen hier die Siege erfechten, die ihnen in Rußland zu erfechten nicht vergönnt waren. Je umfangreicher die Leute ihr lästerliches Handwerk im „Vorwärts“ betreiben, um so geringer wird ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung und um so größer die Verachtung, die ihnen die Arbeitermassen zollen. Wo gibt es noch ein Land außer Deutschland, wo dieses Ungeziefer die Arbeiterbewegung hindern und besudeln darf? Die deutschen Reformisten sollten doch endlich einsehen, daß man auf die Dauer gegen die Einheit der Gewerkschaften nicht kämpfen kann wenn man als Bundesgenossen nur zwei Duzend russischer Renegaten und eine Lügenbibel besitzt.

Die Angst der Leipart, Graßmann, Tarnow, Aufhäuser usw. vor der werdenden Einheitsfront muß mächtig groß geworden sein, weil sie ohne jedes Maß Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Einheitskämpfer ausstoßen und feierliche Erklärungen loslassen. In einer Besprechung des Wirtens von Purcell lassen sie sich durch den „Vorwärts“ also vernehmen:

„Niemand kann uns wieder diese 25 000 Querulanten (das sind die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen) aufdrängen.“

Dabei vergißt der „Vorwärts“, daß es neben diesen 25 000 „Querulanten“ außerhalb der Gewerkschaften noch viele Hunderttausende „Querulanten“ innerhalb der freien Gewerkschaften gibt, die alle am gleichen Werke der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit und der Revolutionierung der Verbände arbeiten. Der Schimpf des „Querulantentums“ schreckt uns nicht, und die Arbeiter haben vor diesen „Querulanten“ gleichfalls keine Bange. Diese Querulanten werden ihre Ehre hereinsetzen, die größten Anstrengungen zu machen, um ihr Ziel zu erreichen, und sie werden ganz sicher zu ihm gelangen, wenn sich die Leipart auch dagegen sträuben werden. Die Querulanten sind zuletzt immer die Sieger gewesen. Einige Beispiele aus jüngster Vergangenheit beweisen dieses Schicksal der Querulanten.

Als Karl Liebknecht seinen Kampf gegen den Krieg begann, war er in den Darstellungen der Reformisten ein „schändlicher Querulant“ und doch ist Liebknecht Signal für Millionen geworden. Der Spartakusbund war bei seiner Gründung „nur ein unbedeutendes Häuflein von Querulanten“ und heute ist er zur großen KPD gewachsen. Die „Zimmerwalder Linke“, auch „nur ein Häuflein Querulanten“; heute ist die Dritte Internationale eine Weltpartei, die den ganzen Erdball umspannt. Lenin und seine Freunde, „ein Häuflein Querulanten“, heute sind sie die siegreichen Repräsentanten eines 150-Millionen-Volkes. Die „Querulanten“ haben es also ziemlich weit gebracht. Warum sollten sie jetzt vor dem Reformismus die Segel streichen?

In diesen „Querulanten“, die für die Einheit der Gewerkschaften und für den Klassenkampf fechten, haben sich inzwischen viele andere gestellt. Die Timmen, die Purcell, die Ben Tillet, die Cool, die Higges. Und mit diesen kommen die englischen Gewerkschaften und werden sehr schnell weitere kommen. Aus den Wenigen werden so Viele und aus den Minderen die Mehreren. Das wird der „Vorwärts“ und der ADGB nicht aufhalten.

Wenn das Jahr 1925 die Arbeiterklasse auf dem Wege der Bestimmung findet, dann verheißt uns die nähere Zukunft zwei weitere große Schritte nach vorwärts: Den Sieg der gewerkschaftlichen Einheit und den Stillstand im Rückzug unserer Klasse vor dem Klassenfeind.

Das würden zwei mächtige Erfolge für die „Querulanten“ sein. Mit all unserer Kraft daran, diese beiden Meilensteine auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterklasse zu setzen. Mit diesem Willen wollen wir in das neue Jahr eintreten.

Es lebe die gewerkschaftliche Einheit, der starke Bund der großen Arbeiteroffensiv!

Unternehmeroffensive und Schlichtungsausschüsse.

Große Teile der Arbeiterchaft beachten noch immer nicht, welche große und, was noch wichtiger ist, für die Arbeiterchaft gefährliche Bedeutung die Einrichtungen des sogenannten Schiedsverfahrens in der Festsetzung aller entscheidenden Arbeitsbedingungen die Schlichtungsausschüsse, die staatlichen Schlichter und Schiedsgerichte haben. Dabei sehen wir gerade im letzten Jahre eine Entwicklung, die darauf hinausläuft, daß fast alle Tarife, Lohn- und Arbeitszeitregelungen nur mehr durch Schiedsprüche der Schlichtungsinstanzen zustande kommen.

Das Schlichtungswesen ist ein Kind der Arbeitsgemeinschaft zwischen den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführern und den Unternehmern. Die Schlichtungsinstanzen hatten bereits damals, als die zentrale Arbeitsgemeinschaft noch bestand, die Aufgabe, den Zweck der Arbeitsgemeinschaft, die Verhinderung bzw. Abwägung von Streiks in den einzelnen Industriezweigen zu erfüllen. Daß durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im November 1913 und später die deutsche Bourgeoisie erst wieder zur politischen und wirtschaftlichen Macht gebracht wurde, wissen wir. Und daß die ganze Arbeitsgemeinschaftspolitik bei der wirtschaftlich stärkeren Macht der Bourgeoisie im Kapitalismus für die Arbeiterklasse nur Enttäuschungen bringen konnte und gebracht hat, und daß die Enttäuschungen immer größer wurden, je mehr sich die politische Macht der deutschen Bourgeoisie in den verflochtenen sechs Jahren konsolidierte, das hat die deutsche Arbeiterchaft alles am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Und trotzdem: Es gibt leider noch sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte, die die Rolle des sogenannten Schlichtungswesens im kapitalistischen Deutschland von heute noch immer nicht erkannt haben. Das liegt erstens an dem raffinierten Aufbau desselben (fast alle Verhandlungen usw. werden unter Ausschluß jeder Öffentlichkeit durchgeführt) und noch mehr an der Art und Weise, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Schlichtungswesen zur Täuschung der Massen handhaben. Es ist deshalb notwendig, daß wir laufend alle wichtigen Vorgänge auf diesem Gebiete verfolgen und alles tun, um die breiten Massen in jeder Situation über den Charakter der Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen aufzuklären.

Seit die zentrale Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht, haben die Schlichtungsausschüsse allein die Aufgaben derselben, die Durchsetzung der Ziele der Unternehmer bei möglicher Verhinderung von Streiks, übernommen. Besonders deutlich trat dies in den Wochen vor der letzten Reichstagswahl in Erscheinung. In dieser Zeit hatten auch die Unternehmer aus Wahnrücksichten ein Interesse daran, größere Streiks zu vermeiden. Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer wollten dasfelbe, aber sie brauchten wenigstens einige, wenn auch geringe Zugeständnisse in der Lohnfrage, um vor der Arbeiterchaft mit angeblichen Erfolgen paradien und den Kampfwillen der Arbeiter auch wirklich brechen zu können. So kamen fast alle Lohnkonflikte vor die Schlichtungsinstanzen und dort wurde dann geluhandelt, und zwar meist sehr lange, bis ein Kompromiß (in der Regel 3 bis 10 Prozent „Lohnerhöhung“) fertig war. Daß alle sogenannten Lohnerhöhungen nicht einmal die Teuerung der letzten Monate ausglich, wurde von den Gewerkschaftsführern gekliffentlich verschwiegen. Tatsächlich gelang es den Unternehmern und Gewerkschaftsführern durch diese Manöver, größere Kämpfe der Buchdrucker, Bergarbeiter, Eisenbahner, Metallarbeiter usw. vor der Wahl zu verhindern, trotzdem das Interesse der Arbeiterchaft an einer wirklichen Lohnerhöhung und die ganze Situation, angesichts der großen Teuerung, geradezu nach einem großen, geschlossenen Massenkampf schrien.

Bei der Beurteilung der Rolle der Schlichtungsinstanzen ist noch ein anderer Gesichtspunkt von größter Bedeutung. Das ist die Rolle der Schlichtungsinstanzen als staatliche Institutionen unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums. Als solche haben diese sogenannten Schlichtungsinstanzen die Aufgabe und die Fähigkeit, die Ziele der Unternehmer, die sie in ihren „Schiedsprüchen“ festlegen, zu legalisieren, ja durch die Verbindlichkeitsverpflichtungen des Reichsarbeitsministeriums Gesetzeskraft zu verleihen. Auf diesem Wege wurde im Anfang des Jahres 1924, unterstützt durch die Taktik der Gewerkschaftsführer, der Achtstundentag in einer Industrie nach der anderen festgelegt. In der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 wird der Achtstundentag „grundsätzlich“ anerkannt, doch für die „tarifliche Regelung“ seine Ueberschreitung freigegeben. Diese „tarifliche Regelung“ war die Aufgabe der Schlichtungsinstanzen, die sie dann auch zum Wohlgefallen der Unternehmer lösten. Jetzt holen die Unternehmer zu einem neuen Schlag aus,

wobei die Schlichtungsinstanzen wieder eine große Rolle spielen. Im Bergbau spielen sich jetzt Dinge ab, die die Aufmerksamkeit aller Arbeiter verlangen. Das Rechenkapital hat als erstes sofort nach der Wahl gemeinsam mit dem Reichsarbeitsministerium die Masse fallen gelassen und fordert jetzt für jeden Pfennig Lohnerhöhung Konzessionen auf anderen Gebieten, insbesondere in der Arbeitszeitrage. So wurde Lei dem Schiedspruch für den Ruhrbergbau die Zurücknahme der von den Gewerkschaften eingereichten Kündigung des Arbeitszeitabkommens für den Bergbau zur Bedingung gemacht und — diese Bedingung wurde von den Gewerkschaftsführern erfüllt. Gleichzeitig wurde für den niederschlesischen Bergbau ein Schiedspruch gefällt, in welchem eine „Lohnerhöhung“ von 3 Prozent von der Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 8 Prozent von einer Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit um 1/2 Stunde abhängig gemacht wird. In den Verhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau verlangen die Rechenbarone eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich. Da an Hand von Tatsachen feststeht, daß die Schlichtungsinstanzen nach bestimmten Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums, die von den Unternehmerorganisationen diktiert werden, ihre Entscheidungen fällen, ist damit zu rechnen, daß die neuesten Entscheidungen im Bergbau auch für andere Industrien kommen werden.

Übrigens zeigt dieser Fall wieder, daß die Unternehmer trotz ihrer grundsätzlichen Propaganda gegen das Schlichtungswesen durchaus gewillt sind, dasselbe, solange es besteht, für ihre Zwecke auszunutzen. Sie sind grundsätzlich gegen staatliche Eingriffe in die Regelung der Arbeitsbedingungen, weil sie hoffen, die Arbeiterschaft noch soweit zu schwächen, daß sie ohne den Staat diktieren können. Bis dahin aber sind die Schlichtungsinstanzen Instrumente in ihrer Hand.

Zum Schluß noch ein Wort darüber, warum die Schlichtungsinstanzen diese Rolle spielen können. Sie können es, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, trotzdem die zentrale Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht, eine Taktik der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern, eine Taktik des Ausweichens vor größeren Kämpfen verfolgen, wobei für sie das Schlichtungswesen ein wichtiges Instrument zur Verschleppung der Konflikte und zur Täuschung der Massen ist. Im Kampf gegen diese Taktik, im Kampf gegen diese Politik liegt also das Kernproblem. In diesem Kampfe aber ist die Auffklärung der Massen über die Rolle des Schlichtungswesens von größter Bedeutung.

Männer und Frauen in Lohn und Unterstützung.

Charakteristisch dafür, wie weit man in Deutschland auch nach dem Kriege noch von der Verwirklichung des alten gewerkschaftlichen Grundsatzes: Gleicher Lohn bei gleicher Leistung für Mann und Frau, entfernt ist, ist folgendes: Im Mai 1924 fällt die Spruchkammer Oberwalde des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin einen Schiedspruch, in dem gleiche Gehaltsätze für männliche und weibliche Angestellte festgesetzt wurden. Darauf würgerte sich das Reichsarbeitsministerium, diesen Spruch für verbindlich zu erklären, mit der Begründung, daß der Schlichtungsanspruch hätte vorzulegen müssen, aus welchem Gründen die grundsätzliche Forderung des Gehaltstarifes berechtigt und notwendig sei. Wenn indes auch die Anerkennung des Grundsatzes, gleicher Lohn bei gleicher Leistung, fast nirgends in den deutschen Tarifverträgen zu finden ist, so hat sich doch die Spanne zwischen den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den letzten Jahren im allgemeinen in Deutschland vermindert. D. h. die Löhne der Frauen und der ungelerten Arbeiter überhaupt sind während der Inflation nicht in demselben Maße gesunken wie die Löhne der männlichen Arbeiter. Aber anstelle der Tendenz der Ausgleichung der Lohnunterschiede ist indes seit einem Jahre die entgegengesetzte Tendenz getreten. Seit der Stabilisierung der Mark arbeiten die Unternehmer mit aller Macht daran, die „ungesund-niedrige“ Spannung zwischen den Löhnen der Gelehrten und Ungelernten, also auch der Arbeiter und Arbeiterinnen wieder zu erweitern. Dabei gehen sie bereits so weit, die Abschaffung des Tariflohnes überhaupt, die Einführung des Leistungslohnes zu verlangen. „Frei Bahn den Mächtigen“ —, die Untertanen, d. h. die große Masse der sogenannten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sollen dafür bluten, daß einzelne höherqualifizierte Arbeiter von den Unternehmern besser bezahlt und dadurch korumpiert werden. Tatsächlich sind in sehr vielen Betrieben die Unterschiede zwischen den Löhnen der Männer und Frauen der Fach- und Hilfsarbeiter in der letzten Zeit wieder stark gewachsen. So erhalten die Metallarbeiterinnen heute nicht mehr 75, sondern

nur noch 60 Prozent der Männerlöhne. In der graphischen Industrie ist die Lohnspanne um 20 Prozent erweitert worden. In der Textilindustrie hat der Vorstoß der Unternehmer in der letzten Zeit auch mit voller Wucht eingelezt.

Dieselbe Entwicklung, die wir in Deutschland beobachten können, zeigt sich auch in anderen Ländern. So hat sich in Oesterreich in den ersten Jahren nach dem Kriege die Spannung zwischen den Löhnen zunächst beträchtlich vermindert mit Einführung der festen Währung ist aber auch hier wieder eine Erweiterung der Kluft eingetreten. Und hier wie in Deutschland sind es die Gewerkschaften, die dem Streben die Lohnunterschiede und damit die Unterschiede zwischen den Arbeitern überhaupt zu vergrößern, nicht nur ungenügenden Widerstand entgegenzusetzen, sondern es sogar teilweise begünstigen. Das wird von den Gewerkschaftsführern selbst unangeben.

„Die Befestigung eines normalen Zeiten entsprechenden Spannungsverhältnisses“ so schreibt in dem theoretischen Organ der österreichischen Gewerkschafter Edward Stark „Arbeit und Wirtschaft“ vom 15. Juli 1924, „vollzieht sich nun durchaus nicht auf dem Wege der kollektivvertraglichen Vereinbarung. Gerade das ist das Charakteristische der Lohnpolitik der letzten Monate, daß die Bedeutung des Mindestlohnes wieder zurücktritt und besonders bei den qualifizierten Arbeitern individuelle Regelungen häufiger werden, die die Verdienste über den Vertragslohn heben. Im allgemeinen sind die Löhne gerade der qualifizierten Arbeiter durch diesen Entwicklungsgang nicht unbedeutend gehoben worden. Es ist nun durchaus falsch, anzunehmen, daß sich die Gewerkschaften gegen die Durchdringung dieses Prinzips wehren hätten. In diesen Fällen waren es sogar die Gewerkschaften, besonders die Anwaltsverbände, die bei den Lohnverhandlungen von vornherein die Forderung nach prozentual stärkerer Erhöhung der Löhne der qualifizierten Arbeit erhoben. Merkwürdiges diente als Grundlage dieses Leistungsprinzips keineswegs das persönliche Moment der erlernten Qualifikation, sondern in weit größerem Maße das tatsächliche Moment der geleisteten Arbeit. So weisen einzelne Verträge schon die gleichen Löhne für Männer und Frauen auf, wenn sie die gleiche Arbeit verrichten.“

Es erübrigt, des langen und breiten anzuführen, daß in dem Maße, in dem die Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlöhnen wachsen, auch die Gefahr der weiblichen Schmutzkonkurrenz, die Gefahr, daß um die Löhne zu drücken Arbeiter durch Arbeiterinnen ersetzt werden, zunimmt. Tatsächlich machen die Unternehmer heute ganz besonders in Deutschland und ganz besonders in den Industriezweigen, in denen große Arbeitslosigkeit herrscht, energischer Versuche denn je, die billigen Frauen und Jugendlichen gegen die Männer auszuwählen. So finden wir u. a. in dem Organ der Schwerindustrie, der „Deutschen Betriebszeitung“, in einer Notiz über die Arbeitslosigkeit in der Rheinprovinz folgende bezeichnende Mitteilung:

„Ferner bilden die älteren Leute ein ärderes Kontingent der Erwerbslosen. Die offenen Stellen werden mit jüngeren Kräften besetzt. In Köln wurden in der letzten Woche 80 Prozent der gemeldeten offenen Stellen für männliche Arbeitskräfte jugendliche Arbeiter angefordert. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist der Prozentsatz noch höher. Nicht nur jugendliche, sondern auch weibliche Arbeitskräfte werden zum Ersatz herangezogen, was zum Teil mit der Mechanisierung der Betriebe zusammenhängt.“

Insoweit tatsächlich im allgemeinen heute die Tendenz besteht, die teure Männerarbeit durch die billigere Frauenarbeit zu ersetzen, läßt sich statistisch nicht feststellen. Selbst die Arbeitslosenstatistik gibt hier keine ganz sicheren Daten. Trotzdem er scheint es nicht überflüssig einen Blick auf sie zu werfen.

Laut der im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Statistiken waren von sämtlichen Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

	1923		1924	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Jannar . . .	5,3	3,9	17,4	29,4
Februar . . .	6,4	4,8	13,3	38,6
März . . .	7,2	5,1	7,9	19,0
April . . .	8,5	6,6	6,0	11,7
Mai . . .	7,3	5,9	5,6	9,4
Juni . . .	5,3	3,6	5,1	11,9
Juli . . .	4,7	3,1	11,3	12,9
August . . .	7,9	5,7	11,5	12,7
September . . .	10,8	9,6	9,8	10,7
Oktober . . .	18,1	15,3	noch nicht veröffentlicht	
November . . .	27,1	14,3		
Dezember . . .	19,6	30,8		

Wir sehen also hier, daß bis zum September 1923 relativ mehr Frauen arbeitslos waren, als Männer, daß sich dann aber das Verhältnis umkehrte und die Zahl der arbeitslosen Frauen teilweise sehr bedeutend hinter der Zahl der arbeitslosen Männer zurückblieb. Es scheint also tatsächlich durch diese Zahlen die Annahme bestätigt, daß die Unternehmer heute mehr und mehr zu ihrer Vorkriegsgewohnheit zurückkehren, bei Betriebseinschränkungen zuerst die Männer auf die Straße zu setzen. Es scheint jedoch nur so, denn nur eine genaue Untersuchung über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen für die uns die Unterlagen fehlen, könnte feststellen, inwieweit die relative Zunahme oder Abnahme der Arbeitslosigkeit unter den Frauen, bzw. der Männer von den Konjunkturverhältnissen in den einzelnen Branchen abhängig ist. (Fortsetzung folgt.)

Schafft Arbeiterkorrespondenten in den Gewerkschaften!

H. K. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, „Pravda“, hat im Laufe eines Jahres, vom Ende 1923 bis Ende 1924 seine Auflage von 90 000 auf 500 000 Exemplare erhöht. Ein großes Verdienst tragen daran die Arbeiterkorrespondenten der „Pravda“, die aus allen Betrieben, aus allen Ecken der gewaltigen Sowjet-Republik tagtäglich der „Pravda“ in ihrer einfachen Sprache das Denken und das Leben der großen proletarischen Armee Sowjetrußlands vermitteln. Ursprünglich aus eigener Initiative haben vereinzelte Arbeiter an die „Pravda“ über alles mögliche Zuschriften verfaßt. Seit einem Jahre gelang es der „Pravda“, sich einen ständigen Stab Arbeiterkorrespondenten zu schaffen. Sie bilden heute Hand in Hand mit den Kleinbauernkorrespondenten eine nicht zu unterschätzende Stütze der proletarischen Macht in Rußland.

Die Verwurzelung der proletarischen Presse mit Hilfe dieser Korrespondenten in den Massen selbst spornte auch die Provinzpresse in Sowjetrußland zu ähnlichen Versuchen an. Auch in Deutschland hat in einer kurzen Zeit die kommunistische Presse, in Nachahmung des russischen Beispiels, eine sehr gute Erfahrung gemacht.

Aber diese Arbeiterkorrespondenten schildern vor allem das Leben des Arbeiters, seine Alltagsfragen. Nur von Zeit zu Zeit finden wir in diesen Zuschriften ein gewisses Eingehen auf Gewerkschafts- und ähnliche Fragen. Und da rollt sich vor uns eine neue, höchst wichtige Aufgabe auf.

Um die Arbeitermassen zum Kampfe gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen, um über den Kapitalismus zu siegen, muß die Arbeiterklasse um jeden Preis die Gewerkschaftseinheit zum Klassenkampf herstellen. Weil diese Gewerkschaftseinheit die entscheidenden Kämpfe gegen das Kapital mit sich bringen muß — wird sie in der erbittertesten Weise von den Gewerkschaftsführern, die dem Kapital treu sind, sabotiert. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um diese Sabotage zu brechen, um die Mittel zur Herstellung der Einheit zu gewinnen.

Einen der gewaltigsten Hebel würde die Schaffung und Verbreitung eines ganzen Netzes von Arbeiterkorrespondenten in den Gewerkschaften, in allen Verbänden, in jedem Betrieb bilden.

Man kann heute ruhig sagen, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsmassen im Jahre 1923 mit ihren Sympathien auf unserer Seite war. Und doch gelang es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern infolge der Beherrschung des Apparates und der Presse, uns daran in den Gewerkschaften zurückzubringen, daß Tausende revolutionäre Gewerkschafter vor Enttäuschung den Glauben an die Eroberung der Gewerkschaften verloren haben und zur Massenflucht griffen. Der Prozeß der Revolutionierung der Gewerkschaften wird sich gegenwärtig langsamer vollziehen, weil es im Jahre 1923 möglich war. Aber Hauptache ist dabei, unseren Einfluß sofort bei jedesmaligem Wachstum organisatorisch zu erfassen. Bis uns dies in der Form der Zusammenfassung zu starken, aktiven revolutionären Fraktionen und in der Form der Eroberung verschiedener Verwaltungen usw. gelingt, kann uns ein Netz von Arbeiterkorrespondenten große Hilfe leisten.

Wer soll ein Arbeiterkorrespondent sein? Die Antwort darauf lautet vorläufig: ein jedes Gewerkschaftsmitglied, das die Gewerkschaftseinheit, den Kampf gegen das Unternehmertum, die Revolutionierung der Gewerkschaften will.

Worüber soll unser Gewerkschaftskorrespondent berichten? Über jede gewerkschaftliche Frage in seinem Betrieb, in seinem

Verbande, an seinem Wohnorte. Sei es, das Ergebnis der Ortsverwaltungen, sei es die Stimmung oder der Verlauf einer Gewerkschaftsversammlung, sei es der letzte Tarif, sei es sein persönlicher Wunsch an die Gewerkschaften oder seine Ansicht darüber, was sie tun sollten, sei es eine Anregung oder Darstellung von Krankentafeln-, Arbeitslosenfragen, Lohnspannefragen usw. usw.

Wie sollen die Zuschriften abgefaßt werden? So wie sie jeder abfassen kann, wie sie sich in seinem Kopfe ordnen, wosöglich aber kurz.

Wohin sollen die Zuschriften gerichtet werden? Solange wir im Anfangsstadium der Arbeiterkorrespondentenbewegung uns befinden, ist es vorteilhaft, daß die Zuschriften direkt an den „Kommunistischen Gewerkschafter“ gerichtet werden. Je weiter sich diese Bewegung entwickeln wird, desto schneller werden wir dazu übergehen können, die Zuschriften direkt an die Gewerkschaftsredaktionen unserer Provinzpresse zu leiten.

Die Arbeiterkorrespondenten in den Gewerkschaften werden bei aktiver Tätigkeit die beste Stütze beim Aufbau und Aktivierung der revolutionären Gewerkschaftsfraktionen bilden. Aber deshalb dürfen sie nicht bürokratisiert werden. Ihre Zuschriften sollen nach keinem bestimmten Schema abgefaßt und keinem Fraktionsorgan zur Durchsicht oder Kontrolle vorgelegt werden.

In jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied liegt es nunmehr, bei der Revolutionierung der Gewerkschaften und Herstellung der Gewerkschaftseinheit mitzuschaffen. Zudem ein jeder versucht, ein Arbeiterkorrespondent zu werden, wird die Mauer des Schweigens, die die Reformisten um die inneren Vorgänge in den Gewerkschaften aufrichten und die ihnen die Sabotage des Kampfes für die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ermöglicht, niedergereißt.

Die entscheidende Frage bei den Ortsverwaltungen.

Jahrzehntlang herrschte in den Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes programmatisch standen, in einer Frage unbedingte Klarheit. Nämlich in der Frage, wozu die Gewerkschaften da sind. Und — diese Klarheit lautete: Zur rücksichtslosen Verteidigung und Erlämpfung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse.

Seitdem Millionen Massen von Arbeitern nach dem Novemberumsturz den freien Gewerkschaften zuströmten, hat die Führung dieser Gewerkschaften in der Praxis bis auf den heutigen Tag diese Aufgabe verleugnet. Ihre ganze Politik war nicht auf die Verteidigung, sondern auf die Preisgabe der gewerkschaftlichen Interessen der gesamten Arbeiterklasse gerichtet. Diese Praxis wurde ganz offen im Dezember d. J. auch theoretisch getrübt: Bei seiner Wahlrede für die SPD. erklärte der NSDAP-Vorstand, daß der Klassenkampf nicht in den Gewerkschaften, sondern in den Reichstagen gehört, daß er dort von der SPD. ausgefochten wird und daß man daher die Gewerkschaften eigentlich nur noch als Wahlvereine der SPD. zu betrachten hat.

Wir werden uns keinesfalls jesuitisch-fromm über diese offene Zerstörung der politischen Neutralitätszweie der Gewerkschaften entrüsten. Da der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse ohne den politischen Kampf gar nicht siegreich ausgefochten werden kann, waren wir niemals die Hüter der politischen Neutralität der Gewerkschaften. Aber das bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften ihren gewerkschaftlichen Kampf preisgeben haben, um am Wählertag für die Partei des Arbeiterverrats zuzugehen.

So aber wurde die Aufgabe der Gewerkschaften im Dezember 1924 von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen formuliert. Diese Tatsache zwingt zu einer breiten Diskussion in den Gewerkschaften über ihre Aufgaben und ihre Rolle im kapitalistischen Staat. Im Zusammenhang mit den Gothaer Forderungen, mit dem Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit muß aus Anlaß der Ortsverwaltungs- und Betriebsratswahlen von jeder revolutionären Gewerkschaftsfraktion die Frage aufgerollt werden:

Sollen die Gewerkschaften das werden, wozu sie in den Manifesten der Gewerkschaftsspitzen vor den Reichstagswahlen herabgerempelt wurden — oder sollen sie Klassenkampforgane der Arbeiterklasse bilden, was jahrzehntelange ihre Aufgabe war.

Die Funktionäre, die zur Neuwahl stehen, die bisherigen Leitungen müssen klare Antwort geben. Gewerkschaftsfunktionär darf nur der werden, der die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen will.